

Beschluss Kapitel 3: Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den
 2 Kleinsten in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung bis hin zu
 3 Studierenden, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Wirtschaft. Wir sind der festen
 4 Überzeugung: Berlin muss Stadt des Wissens, der Innovation, der Nachhaltigkeit und der
 5 Zukunft werden. Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft
 6 aufgemacht und investiert: in Bildung und Wissenschaft, in Innovation, in Klimaschutz und in
 7 mehr Solidarität.

8 Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise

9 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von
 10 heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur-
 11 und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war
 12 es wichtig, den Tausenden Menschen, Soloselbstständigen und kleinen und mittleren
 13 Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der
 14 Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen
 15 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir
 16 fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen
 17 Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere
 18 Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden –
 19 mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

20 Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit

21 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an
 22 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche
 23 Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
 24 angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben
 25 können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für Kreative Honoraruntergrenzen
 26 eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen
 27 wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Perspektiven Programm für
 28 Langzeitarbeitslose“ auf den Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und
 29 verbunden mit Ausbildung und Qualifizierung.

30 Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten

31 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr
 32 Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte
 33 sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist
 34 unser Ziel und dazu werden wir den Beruf Erzieher*in attraktiver machen und Schule als Team
 35 aus Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support, Management sowie Verwaltung und vielem mehr
 36 aufstellen. Den Schulalltag wollen wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.
 37 Wir wollen eine Kultur des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern
 38 Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld
 39 stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen und
 40 gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen
 41 Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer Schule lernen. Nur so schaffen wir ein

42 durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern, unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue
43 Chancen bietet.

44 Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen

45 Das Lernen hört nicht nach der Schule auf, sondern setzt sich lebenslang fort. Dafür leisten
46 unter anderem die Volkshochschulen in Berlin einen unverzichtbaren Beitrag. Sie stehen dabei
47 laufend vor der Herausforderung, die soziale Teilhabe zu gewährleisten, niedrigschwellige
48 Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen und dem Wandel durch die Digitalisierung gerecht
49 zu werden. Wir haben diesen Weg zuletzt auch finanziell gefördert und arbeiten weiter dafür,
50 die Volkshochschulen als zentralen Pfeiler in der Erwachsenenbildung weiter zu stärken.

51 Wissen schafft Zukunft

52 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der
53 Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und
54 Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen
55 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen und stehen fest an der Seite unabhängiger
56 Wissenschaftler*innen. Dafür braucht es an Berlins Hochschulen eine gute Finanzierung und
57 gute Arbeitsbedingungen. Diesen Anspruch haben wir schon 2016 in die Arbeit der Koalition
58 aufgenommen und von 2018 bis 2022 die Landesmittel jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser
59 Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in
60 gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Indem wir die demokratische Selbstverwaltung in
61 den Hochschulen stärken, den Zugang zu unseren Hochschulen weiter öffnen, flexibles
62 Studieren ermöglichen und Nachhaltigkeit noch stärker in unserer Wissenschaftslandschaft
63 verankern, schaffen wir Wissen für die Zukunft. Dass davon auch die Berliner Wirtschaft
64 profitiert, zeigen die elf Zukunftsorte Berlins – vom Wissenschafts- und Technologiepark
65 Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park
66 in Marzahn – hier vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich.

67 Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt

68 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin.
69 Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um
70 diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale
71 Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

72 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen
73 wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und
74 Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen
75 Plätzen und in Parks. Bei der Umsetzung wollen wir noch stärker Initiativen wie Freifunk
76 einbinden. Ein Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetanschluss bis 2025 soll zudem
77 gesellschaftliche Teilhabe sichern.

78 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft,
79 in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder
80 Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

81 3.1 Wirtschaften für die Zukunft

82 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner
83 Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück
84 in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An
85 der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser

86 Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle DAX- und
87 zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlin angesiedelt.

88 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in
89 Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so
90 stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue
91 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und
92 besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO₂-Emissionen.

93 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige,
94 Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben
95 erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr
96 wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu
97 leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu
98 setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

99 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der
100 letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz
101 stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung
102 der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der
103 Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und
104 dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten
105 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin
106 geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt.
107 Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
108 Forschung und Wirtschaft – nicht nur in den elf Zukunftsorten, sondern an vielen Stellen in
109 der Stadt – macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von
110 Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu
111 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten. Den Neustart nach der Pandemie
112 wollen wir dafür nutzen, bei Messen und Großveranstaltungen ebenfalls auf Nachhaltigkeit und
113 Innovation zu setzen. Das Land Berlin muss seinen Einfluss bei der Messe Berlin nutzen, um
114 deren Kongresse und Veranstaltungen, wie beispielsweise die ILA oder die ITB, anhand klarer
115 Kriterien auf Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte auszurichten. Hier darf der
116 Profit nicht an erster Stelle stehen.

117 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion
118 zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute.
119 Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung.
120 Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir
121 verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur
122 Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe
123 dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. Die
124 Siemensstadt 2.0. zeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt werden
125 kann. Und mit der Urban Tech Republic und dem Schumacher Quartier am ehemaligen Flughafen
126 Tegel entsteht in den nächsten Jahren ein weiterer Zukunftsort im Norden unserer Stadt, der
127 Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie, Wohnen und Naherholung verbindet.

128 Berlin für Fachkräfte attraktiv halten

129 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen.
130 Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive
131 gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und
132 erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen

133 Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von
134 Fachkräften.

135 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten
136 macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen
137 wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nichtfachkräfte bereichern
138 unsere Stadt – Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir
139 uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und
140 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Zugleich gilt es die
141 Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen
142 akademischer und beruflicher Bildung sowie die Gleichwertigkeit der Bildungswege zu fördern.
143 Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation zwischen
144 Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

145 Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierende und
146 Akademiker*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür
147 ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die
148 Hochschulen Berlins sollen sich dabei in der Besetzung der Stellen abstimmen, um in den
149 Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so
150 Betroffene besser ansprechen zu können.

151 Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten

152 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die
153 rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung
154 Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und
155 Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs
156 wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen
157 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und
158 werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt
159 werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden
160 landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn
161 weitergehen und Druck machen.

162 Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit

163 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der
164 natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die
165 Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die
166 Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der
167 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken.
168 Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die
169 Energiewende Lösungen entwickeln. Auch Berlins Industrie ist im Umbruch, auf dem Weg hin in
170 ein kohle- und ölfreies Zeitalter. Das unterstützen wir: Eine grüne Industrie ist in Berlin
171 herzlich willkommen. Die Perspektive von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften
172 einzubeziehen und ihre Rolle zu stärken, ist für uns ein zentrales Element beim Aufbau einer
173 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung.

174 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr Anreize setzen.
175 Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass
176 mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird. Gemeinsam mit Expert*innen aus
177 öko-sozialen Unternehmen, Fachexpertise und privaten Investor*innen wollen wir Kriterien
178 entwickeln, die sozial nachhaltige Investments erleichtern.

179 Wachstum ist für uns kein Selbstzweck. Weil wir der Überzeugung sind, dass es sich innerhalb
180 der planetaren Grenzen bewegen muss, setzen wir auf alternative Wirtschaftsmodelle, die
181 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. Dabei orientieren wir uns wie
182 beispielsweise Amsterdam an der Idee einer Donut-Ökonomie, die Ökologie und Soziales
183 vereint.

184 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die
185 solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Demokratisierte
186 Betriebe, in denen gleichberechtigt Arbeit und Lohn verteilt werden, wollen wir zukünftig
187 stärken und Fördermaßnahmen prüfen. Wir unterstützen sie mit festen Partner*innen in der
188 Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale
189 Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit
190 haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen! Diese Arbeit
191 wollen wir fortsetzen. Wir verstetigen die neu eingerichtete Informations-, Beratungs- und
192 Vernetzungsstelle, einschließlich einer speziellen Gründungsberatung, und verbessern den
193 Zugang zu öffentlichen Aufträgen (Vergabe). Damit setzen wir ein Zeichen für nachhaltiges
194 und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

195 Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen

196 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
197 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir
198 wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die
199 Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für
200 gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des
201 ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns
202 auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit
203 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral
204 werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu
205 Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von
206 Klimaneutralität.

207 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir
208 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und von der Gemeinwohl-Bilanz
209 inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch
210 stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

211 Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil

212 Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der
213 Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren
214 unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und
215 Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis
216 „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und
217 Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme
218 verstärken sowie Netzwerke zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte verstetigen
219 und weiterhin unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Ausschreibungspraxis sowohl im
220 öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft dahingehend verändern, dass sie den
221 Erfahrungen, die Menschen in einer Migrationsgesellschaft machen, entsprechen und zum
222 Beispiel Qualifikationen wie Mehrsprachigkeit die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft
223 widerspiegeln.

224 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von
225 Frauen. Gremien und Auswahlkommissionen für Gründungsförderungen wollen wir divers besetzen.

226 Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und
227 Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen
228 wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition
229 einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen. Landeseigene Betriebe sollen künftig eine noch größere
230 Vorbildfunktion für eine Unternehmenskultur einnehmen, die unserer diversen
231 Stadtgesellschaft entspricht. Gemeinsam mit ihnen werden wir daher verbindliche Standards
232 bezüglich einer diversitätsorientierten Organisations- und Personalentwicklung und eines
233 diskriminierungskritischen Beschwerdemanagements für Mitarbeiter*innen und Kund*innen
234 festlegen. In der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst sind Frauen in
235 Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Dabei ist längst nachgewiesen, dass
236 Betriebe, in denen Frauen an der Unternehmensführung beteiligt sind, nachhaltiger und
237 innovativer sind. Wir stehen weiterhin zur Frauenquote und setzen uns auf Bundesebene dafür
238 ein, dass der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen und Aufsichtsräten auf mindestens 50
239 Prozent gesteigert wird. Außerdem wollen wir Frauen die Gründung von Unternehmen erleichtern
240 und Gründerinneninitiativen stärken. Deshalb setzen wir uns für Stipendien und Fonds für
241 weibliche Gründerinnen ein. An Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir
242 Mentorinnen-Programme fördern und in den Gründungszentren die Gender- und Diversitykompetenz
243 ausbauen.

244 3.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue Wege

245 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich
246 einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und
247 Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all
248 das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und
249 gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter
250 prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist
251 gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch
252 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände
253 angegangen. Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ist zentrales Anliegen unserer Politik. Wir
254 kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche
255 Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen. Es braucht mehr Anstrengungen, um
256 die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen
257 die Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und
258 Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.
259 Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt erarbeiten, die
260 insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

261 Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

262 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir
263 große Schritte nach vorne gemacht. In Berlin sind 13,00 Euro in Landesunternehmen und bei
264 öffentlichen Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für
265 einen Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden die
266 Landesmittel für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ verknüpfen
267 und die Mittel dafür weiter anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir die Honorare
268 spürbar erhöht. Zudem haben wir in Musikschulen einen Teil der Honorarlehrkräfte fest
269 angestellt. An den Volkshochschulen haben wir uns für eine bessere soziale Absicherung der
270 freiberuflichen Dozent*innen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.
271 Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt
272 und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin bundesweit
273 Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen geschaffen und viele
274 Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende der Legislaturperiode werden

275 Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Als es
276 darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt,
277 dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über
278 eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn
279 anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

280 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen
281 weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung
282 von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe. Darüber hinaus wollen wir Tarifbindung
283 und Tariftreue auch bei Zuwendungs- und entgeltfinanzierten Leistungen, beispielsweise in
284 der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe, befördern.

285 Neue Wege in Arbeit ebnen

286 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner
287 Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job
288 bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus
289 Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns
290 besonders fokussieren.

291 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Menschen, die lange keiner
292 Erwerbsarbeit nachgegangen sind, die Möglichkeit zum Wiedereinstieg – im öffentlich
293 geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung
294 stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-
295 Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt,
296 leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum
297 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene
298 ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt
299 Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
300 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
301 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

302 Blick in die Zukunft: ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen

303 Langfristig müssen wir der gerade in Berlin gut spürbaren Diversifikation der Arbeitswelt
304 Rechnung tragen und nach neuen Wegen suchen, die Menschen in den unterschiedlichsten
305 Lebenssituation bei Bedarf sicheren Halt und Unterstützung geben können. Aus den Erfahrungen
306 mit den Corona-Soforthilfen, dem Teilhabechancengesetz sowie dem Modellversuch eines
307 „solidarischen“ Grundeinkommens wollen wir deswegen in Zusammenarbeit mit Berliner
308 Forschungseinrichtungen ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin
309 entwickeln. Die derzeitige Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist häufig geprägt
310 von persönlichen Meinungen oder Vermutungen und beruht selten auf fundiertem Wissen, da es
311 bisher keine verallgemeinerbaren wissenschaftlichen Untersuchungen in Deutschland dazu
312 gegeben hat. Studien in anderen Ländern wie Finnland liefern zwar erste Erkenntnisse, sind
313 allerdings häufig veraltet oder nur auf bestimmte Zielgruppen fokussiert. Das Pilotprojekt
314 soll das ändern, indem die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens unter anderem auf
315 Chancen bei der Arbeitssuche, auf unternehmerische Aktivitäten, auf zivilgesellschaftliches
316 Engagement, auf körperliche und seelische Gesundheit, auf Integration sowie auf
317 gesellschaftliche Teilhabe erforscht werden.

318 Alleinerziehende in der Arbeitswelt stärken

319 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen
320 Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in
321 Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen

322 Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln,
323 vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in
324 Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam
325 entwickeln – mit Interessensvertretungen der Alleinerziehenden, Arbeitgeber*innen und
326 Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und
327 Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote
328 für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

329 Ausbeutung bekämpfen

330 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren.
331 Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser
332 Machenschaften. Sie schuften auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet,
333 häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf
334 Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Dazu wollen wir bestehende Angebote
335 zur Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den Jobcentern und den Jobpoints
336 auch für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit öffnen, um so zu vermeiden, dass sie in
337 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen landen. Denn entscheidend ist, ihnen frühzeitig ein
338 sozialversicherungspflichtiges Jobangebot zu machen und sie über ihre Rechte als
339 Arbeitnehmer*innen aufzuklären, um Ausbeutung einzudämmen. Viele zivilgesellschaftliche
340 Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es migrantische und
341 gewerkschaftliche Selbst-Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken.
342 Wir wollen diese Arbeit verstärken, indem wir Beratungsstellen dauerhaft sicher finanzieren
343 und vernetzen, auch mit der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten
344 und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

345 3.3 Kinder, Jugend und Familie: Verantwortung und Mitsprache von klein auf

346 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind allein- oder getrennt
347 Erziehende, Großfamilien, Ehepaare mit ihren Kindern, Patchwork-Familien in all ihrer
348 Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von ihren
349 Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder geflüchtete
350 Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder für die
351 Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

352 Kinderrechte stärken: Wahlalter senken

353 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene,
354 gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen.
355 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung
356 erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und
357 Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Bei Projekten für
358 Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Projekten der kulturellen oder politischen
359 Bildung, müssen sie auch in Juries und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten
360 mitentscheiden können, was gefördert wird. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin dafür
361 ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden.

362 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen
363 nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer
364 Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das
365 Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.
366 Darüber hinaus wollen wir mit der Berliner Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, in
367 welcher Form das Recht auf Mitbestimmung auch für Menschen unter 14 Jahren im Rahmen des
368 Wahlrechts und durch ergänzende Maßnahmen gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist,

369 dass junge Menschen von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt. Im ganzen Bildungszyklus
370 vom Kindergarten bis zur Ausbildung und zum Studium muss dafür politische Bildung
371 altersgerecht Bestandteil sein. Dazu müssen auch Parlament, Verwaltung und Medien mehr
372 Inhalte kinder- und jugendgerecht darstellen.

373 Jugend in Berlin – starke Perspektiven und Selbstverwaltung

374 Jugendliche und junge Erwachsene sollen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können. Wir
375 verbessern die Voraussetzungen dafür. Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige
376 Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere
377 Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit
378 Streetworker*innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten
379 Jugendfreizeiteinrichtungen und -clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft
380 verbessern, sich selbst zu verwirklichen. Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz haben
381 wir in dieser Legislatur eine hervorragende Grundlage dafür gelegt, insbesondere für eine
382 Finanzierung, die sich an der Zahl der Jugendlichen in unserer Stadt orientiert und zugleich
383 Qualität verbindlich ausbaut und sichert. Wir wollen die Angebote in den Sozialräumen
384 ausweiten und unterstützen die Arbeit der Jugendbildungsstätten, Jugendverbände und der
385 Jugendkulturzentren. Und wir sichern die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs.
386 Außerdem wollen wir die Jugendstädtepartnerschaften über Paris und Moskau hinaus ausweiten
387 und uns zudem stärker mit Ländern vernetzen, zu denen viele junge Berliner*innen eine
388 familiäre Beziehung haben. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige
389 Ökologische Jahr (FÖJ) bieten jungen Menschen nach ihrer Schulzeit eine gute Gelegenheit,
390 eigenständig ins Leben zu starten und dabei Erfahrungen im Austausch mit anderen
391 Jugendlichen, auch aus aller Welt, zu sammeln. Die Möglichkeit, ein FSJ oder FÖJ zu machen,
392 hängt jedoch noch viel zu sehr davon ab, ob junge Menschen sich dies leisten können. Wir
393 wollen Angebote dieser Art für alle jungen Berliner*innen so gestalten, dass sich jede*r
394 unabhängig vom Einkommen oder Elternhaus zu einem freiwilligen Dienst entscheiden kann. Auch
395 deshalb haben wir das Taschengeld für FSJler*innen von 300 auf 420 Euro erhöht.

396 Jugendarbeit ist mehr als Prävention

397 Sie eröffnet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum zur Erfahrung von
398 Selbstwirksamkeit. Wir setzen auf die unmittelbare Ansprache von Jugendlichen.
399 Streetworker*innen leisten herausragende Arbeit, die wir auch in der aufsuchenden Arbeit
400 unterstützen. Jugendsozialarbeit trägt dazu bei, bestehende Benachteiligungen
401 diversitätssensibel auszugleichen. Jugendmigrationsarbeit sowie geschlechterspezifische und
402 diskriminierungskritische Angebote fördern wir als wichtigen und notwendigen Teil in allen
403 Bereichen, insbesondere in der Schulsozialarbeit und im Jugendwohnen. Der
404 Abenteuerspielplatz, der Bauwagen, der Stadtteilbauernhof, der Jugendclub – die
405 Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin sind viele Jahre lang weggespart worden oder
406 verschwinden nach Auslaufen von Projektfinanzierungen wieder. Steigende Mieten und
407 Verdrängung setzen insbesondere den freien Jugendclubs weiter zu. Wir steuern hier um und
408 stärken den Anspruch Jugendlicher auf sichere kulturelle Orte der Begegnung und auch der
409 politischen Bildung und Demokratieerfahrung. Wir wollen Jugendclubs sichern und neu bauen.
410 Neben einem Sanierungsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen, auch um diese barrierearm zu
411 gestalten, wollen wir daher die Flächensicherung im Zusammenspiel mit den Bildungs- und
412 Sozialeinrichtungen vorantreiben.

413 Gleichberechtigung heißt neue Chancen für alle Geschlechter und Familienformen

414 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit,
415 stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr
416 Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle

417 Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein
418 Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell
419 aufgewertet werden.

420 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt
421 der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht
422 nehmen, die Vielfalt der Familien rechtlich gleichzustellen und zu unterstützen. Die
423 diskriminierende Stiefkindadoption für lesbische Paare muss endlich abgeschafft werden sowie
424 ein rechtliches Institut der elterlichen Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen
425 neben den leiblichen Eltern geschaffen werden. In Berlin werden wir Beratungsangebote weiter
426 stärken und das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung
427 abzubauen. Dies gilt insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag
428 zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten.

429 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit.
430 Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der
431 Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und
432 Nerven. Mit unserem Familienfördergesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro
433 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist,
434 sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht
435 Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
436 Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen
437 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten können. Auch unterschiedliche Leistungen aus
438 Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

439 Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin

440 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht
441 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht
442 nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen,
443 flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken
444 und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die
445 Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche
446 Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen
447 Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte
448 Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-
449 Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch
450 in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

451 Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren

452 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote
453 bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten
454 Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den
455 Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-,
456 Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen. Es
457 gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und
458 Familien arbeiten: Gartenarbeits-, Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie Familienzentren
459 oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten bereits jetzt über die
460 „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldnerberatung
461 oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die Familienzentren finanziell in die Lage
462 versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und sich – ähnlich wie die Early Excellence
463 Centres in England – zu Orten zu entwickeln, an denen Familien eine ganzheitliche Beratung
464 erfahren. Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen

465 Schritt in Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
466 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

467 Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen fördern

468 Die körperliche, psychische und soziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegt uns
469 besonders am Herzen. Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten und ihre
470 Familien stehen vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon.
471 Pflegende Kinder und Jugendliche, die sich neben ihrer schulischen Ausbildung um Angehörige
472 kümmern und dabei sehr viel mehr Verantwortung als Gleichaltrige übernehmen, benötigen in
473 ihrer persönlichen Entwicklung Unterstützung durch die Gesellschaft. Wir werden sie daher in
474 ihrer Teilhabe am außerfamiliären Leben unterstützen, ihren Alltag entlasten und sie in
475 ihrer persönlichen Entwicklung stärken. Wir wollen deshalb den Öffentlichen
476 Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen
477 mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung betroffene und
478 bedrohte Kinder, Jugendliche und pflegende Angehörige erreichen. Wir setzen uns für eine
479 altersgerechte Gesundheitsförderung, die Schaffung von Gesundheitskompetenzen und eine
480 sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung für alle Kinder und Jugendlichen ein.

481 Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen

482 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist
483 dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige
484 Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen
485 wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist
486 richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der
487 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar
488 noch nicht weiß, ob er weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der Kinder
489 konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist, wollen
490 wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der
491 Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und
492 Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen
493 rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden.
494 Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen
495 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienfördergesetz werden
496 wir dazu umsetzen.

497 Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht

498 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen
499 dabei im Zentrum. Deshalb bauen wir die Versorgung mit Frauenhäusern immer weiter aus.
500 Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen werden wir durch Ausbau
501 von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit verbessern und mehr Plätze
502 in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle Täter*innen werden wir
503 ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die spezifischen Bedarfe von LSBTIQ*
504 legen, die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten und eigene Zufluchtsplätze insbesondere
505 für queere Jugendliche und für Lesben aufbauen.

506 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen
507 Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte
508 weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren
509 beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir
510 ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit haben wir durch einen Ausbau des Childhood-
511 Hauses an der Charité institutionalisieren und im Doppelhaushalt fest verankert.

512 3.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder

513 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität.
514 Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und
515 spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die
516 Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

517 Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder

518 Das multiprofessionelle Personal in den Kitas leistet Großartiges, und das unter häufig
519 schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da
520 sind. Dabei kommt es in den Kitas immer wieder zu personellen Engpässen, auch durch
521 Krankheit, Urlaub und Fort- und Weiterbildung. Denn in die gesetzliche Personalausstattung
522 werden die Urlaubs- oder durchschnittlichen Krankheitstage nicht ausreichend eingerechnet.
523 Wir fordern deshalb eine größere Personalausstattung, damit sich die differenziertere Kind-
524 Fachkraft-Relation verbessert und sich die Zeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern
525 erhöht. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen
526 Erkenntnissen orientieren. Die strukturellen Hilfen, zum Beispiel durch einen verbesserten
527 Leitungsschlüssel, mehr Fachberatung sowie Verwaltungskräfte, wollen wir stützen und nach
528 Möglichkeit verbessern. Auch um alle offenen Stellen tatsächlich besetzen zu können,
529 brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf
530 attraktiver werden.

531 Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von
532 Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute
533 Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare
534 pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in der Berechnung des
535 Personalbedarfs erhöhen. Denn nur wenn Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen ausreichend
536 Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und
537 nicht zuletzt auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir
538 den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten
539 schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen
540 Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht
541 selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in
542 den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von
543 Quereinsteiger*innen muss sich in der Berechnung der Personalstunden entsprechend
544 niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller
545 anerkennen.

546 Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang

547 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer weiter fortzubilden, sind
548 Voraussetzungen für eine hohe Qualität in den Kitas. Wir haben in den vergangenen Jahren die
549 Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das
550 Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und die
551 vollschulische Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen
552 eine nicht rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu
553 verbessern, wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von
554 Praxis und Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen
555 wir die Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir
556 wollen Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen
557 zu erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur
558 Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den
559 steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

560 Mehr Qualität in Berlins Kitas

561 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es
562 geht um Vernetzung, darum, voneinander im Alltag zu lernen, um neue Konzepte, Monitoring und
563 mehr Elternzusammenarbeit sowie deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für
564 das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das
565 Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser
566 ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim
567 Spracherwerb, bei der ökologischen Ausrichtung oder dem Einsatz von digitalen Medien in der
568 frühkindlichen Bildung.

569 Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten

570 Das zweite Nadelöhr sind der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde
571 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und
572 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine
573 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem
574 wollen wir in Zukunft alle Träger vorrangig bei der Suche nach Flächen und Räumen
575 unterstützen, unter anderem mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem
576 Neubauinvestitionsprogramm. Beim Flächenmanagement in der Stadt werden wir auf
577 Multifunktionalität, Mischnutzungen und die Erschließung von Flächen setzen, die Bildung,
578 Jugend, Soziales und Kultur möglichst an einem Standort vereinen. In Zusammenarbeit mit IHK,
579 HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas
580 gezielt angehen.

581 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig.
582 Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen
583 Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden
584 sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen und werden eine
585 Verzahnung dieses Angebots mit den Kitas und der Kindertagespflege entwickeln.

586 Kindertagespflege – flexibel und gut bezahlt

587 Der hohe Anteil von Kindertagespflege in Berlin zeigt, wie gut insbesondere für jüngste
588 Kinder die Betreuung und Bildung in kleinen Gruppen mit festen Bezugspersonen ist. Wir haben
589 eine bessere Bezahlung für die Kindertagespflege erreicht und werden weiter an der
590 Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten.

591 Um für alle Kinder die Umsetzung ihres Rechts auf beste frühkindliche Bildung
592 sicherzustellen, wollen wir in der kommenden Legislatur allen Kindern über einem Jahr einen
593 Ganztagsplatz in der Kita ohne Bedarfsprüfung anbieten.

594 Sprachförderung und Vielfalt in der Kita

595 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als
596 auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ und die vielen
597 bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“
598 sowie Expert*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die
599 Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen. Stark in die
600 Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der
601 Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns
602 darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuarbeiten
603 – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits
604 Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein,
605 dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen

606 Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die
607 Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.

608 Gutes Essen und Ernährungsbildung von Kindesbeinen an

609 Viele Ernährungsgewohnheiten werden bereits im Kleinkindalter geprägt, umso wichtiger sind
610 gutes und nachhaltiges Essen in der Kita und eine Kleinkind-gerechte Ernährungsbildung, auf
611 die später in den Schulen aufgebaut werden kann.

612 Schutz von Kindern vor Gewalt

613 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von
614 psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder zeigen den Handlungsbedarf.
615 Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche
616 Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Auch Vereine und freie Träger, die für ihre
617 Arbeit mit Kindern sowohl projektbezogen als auch institutionell Geld vom Land Berlin
618 bekommen, müssen Kinderschutzkonzepte vorlegen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng
619 zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das
620 zu verbessern, wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für Fälle von psychischer, körperlicher
621 und sexualisierter Gewalt gegen Kinder einsetzen. Hier sollen die Fäden in den Bereichen
622 Prävention, Intervention und Aufarbeitung zusammenlaufen. Die Wahrung der Kinderrechte muss
623 bei dieser Arbeit selbstverständlich im Mittelpunkt stehen.

624 Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche

625 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir
626 erheblich mehr und ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher
627 Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden
628 muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem
629 Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie
630 Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf
631 der das Angebot an und die Nachfrage nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent
632 dargestellt werden. Wir wollen, dass alle Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von
633 Plätzen für Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können
634 und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen.
635 Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und
636 aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden
637 lediglich nicht mehr selbst die Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit
638 sparen, da im jetzigen System viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders
639 schon einen Platz haben, und auch für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen
640 damit endlich der Vergangenheit angehören.

641 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
642 zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das
643 erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildetem und diversitätsgeschultem
644 pädagogischen Personal und guten Räumen. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und
645 Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf es keine
646 Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in Qualität zu investieren
647 – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die
648 zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

649 Zur Unterstützung der Familien und der Träger werden wir eine Ombudsstelle einrichten, damit
650 Beschwerden und Störungen gut und sachgerecht bearbeitet werden können. Dort, wo es Verstöße
651 gegen die vertraglichen Verpflichtungen der Kitaträger gibt, werden wir die Kontrolle
652 deutlich verstärken.

653 3.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen

654 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste
655 Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern
656 orientieren. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass Kinder mehr benötigen als das
657 Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu entwickeln, soziales
658 Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine
659 neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern stärkenorientiertes Lernen und
660 kognitive sowie soziale Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Körperliche und psychische
661 Gesundheit sind zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale
662 Teilhabe, die wir stärken wollen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer
663 Gesellschaft abbilden.

664 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine
665 stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude
666 ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen.
667 Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie
668 möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes
669 gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen, in denen schnell lernende,
670 leistungsstarke Schüler*innen genauso gefördert werden wie Schüler*innen mit besonderen
671 Förderbedarfen. Dazu brauchen vor allem Schulen mit großen Herausforderungen die Einbindung
672 in ein gut funktionierendes Netz der Jugend- und Familienhilfe.

673 Für eine inklusive Gesellschaft braucht es eine inklusive und barrierefreie Schule

674 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur
675 Selbstverständlichkeit werden. Um das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen
676 für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten und gleichzeitig den individuellen
677 Förderbedarfen einzelner Kinder, die intensivere Betreuung bis hin zu einer 1:1-Betreuung
678 notwendig machen, gerecht zu werden, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Berliner
679 Schulen zu inklusiven Schulen an die Entwicklung der letzten Legislaturperiode anknüpfen.
680 Die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen soll in Abstimmung mit den Bezirken zügig
681 vorgenommen werden, damit ein möglichst wohnortnahes Angebot für alle Kinder geschaffen
682 wird. Die Schwerpunktschulen sollen eine attraktive Alternative zu den sonderpädagogischen
683 Förderzentren sein und keinesfalls die inklusive Arbeit der übrigen Regelschulen
684 beeinträchtigen. Unser Ziel ist, langfristig alle Regelschulen so aufzustellen, dass sie
685 alle Kinder inklusiv beschulen – sowohl durch bauliche Anpassung als auch durch personelle
686 Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre
687 Ausbildung verbessern und sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse an den Schulen bringen.
688 Ebenso sollen die Schulhelfer*innen zur Schulassistenten weiterqualifiziert werden. Außerdem
689 setzen wir uns für die verpflichtende Einrichtung eines Ruheraums ein.

690 Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung

691 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren
692 lernen. Deshalb wollen wir spielerisches und selbstbestimmtes Lernen zum Regelfall in allen
693 Schulen machen. Nur so können wir der Vielfalt der Schüler*innen gerecht werden und sie auf
694 die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und
695 Kreativität müssen dabei die lange Tradition aus Leistungsdruck und starren Lehrinhalten
696 ablösen. Ziffernoten suggerieren eine Vergleichbarkeit der Kinder und sind häufig weder
697 motivierend, noch geben sie Auskunft über Lernerfolg oder Verbesserungsansätze.
698 Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback
699 überzugehen. Kinder und Jugendliche sollen beispielsweise durch eine stärkere Beteiligung in
700 der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der Schülervertretung

701 (SV), einen flächendeckenden Klassenrat und Schülerparlamente mehr Raum für Mitbestimmung
702 erhalten. Wir wollen Formate entwickeln, damit dies bereits ab der ersten Klasse gelingen
703 kann. Projekte wie Schülerhaushalte und Lernen durch Engagement tragen ebenso zur
704 Demokratieförderung bei und sollen daher gefördert werden. Auch deshalb haben wir den
705 Schülerhaushalt enorm aufgestockt. Die Schulen sollen bei all diesen Maßnahmen angemessen
706 unterstützt und begleitet werden.

707 Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen

708 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über
709 Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariate,
710 Reinigungskräfte und Hausmeisterei bis zu Quereinsteiger*innen aus verschiedensten
711 Fachrichtungen. Schule als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen,
712 entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Sonderpädagog*innen,
713 sozialpädagogische Fachkräfte, Schulbegleiter*innen und zukünftig auch Krankenpfleger*innen
714 leisten einen unerlässlichen Beitrag zum inklusiven Lernen. Diversität im Team Schule ist
715 für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe
716 von Quereinsteiger*innen sind hierbei ein Gewinn. Ihrer pädagogischen Qualifizierung und
717 Ausbildung für die Arbeit mit Schüler*innen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
718 Sie unterscheidet sich von der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen mit einem 1.
719 Staatsexamen oder vergleichbaren Abschlüssen. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu
720 machen, verbessern wir den Zugang von Menschen aus anderen Fachrichtungen oder mit
721 ausländischen Abschlüssen zum Schuldienst. Wir wollen die professionelle Vielfalt und das
722 Spektrum der Perspektiven aber nicht nur in die Schulen holen, sondern sie für die
723 Schüler*innen auch an außerschulischen Lernorten erlebbar machen. Daher sollen zum Beispiel
724 kulturelle Bildung, die Zusammenarbeit mit Künstler*innen und Besuche in Kulturorten fest im
725 Rahmenlehrplan verankert werden. Die Kernaufgabe von Lehrkräften ist guter Unterricht. Die
726 Arbeitszeiten von Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen,
727 Fortbildungen und Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen
728 wollen wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern. Wir
729 wollen Schulleitungen besser für ihre vielfältigen Aufgaben qualifizieren und sie entlasten,
730 indem wir sie und ihre Kollegien bei Verwaltungs-, Vernetzungs- und Entwicklungsaufgaben
731 durch zusätzliche Verwaltungsstellen an allen Schulen unterstützen. Die Schulen sollen ein
732 attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu zählen eine gute Ausstattung und moderne Technik, die
733 funktioniert, wenn es darauf ankommt. Viele Verwaltungsaufgaben können durch neue Programme
734 vereinfacht werden, so dass Lehrer*innen schneller sagen können: „Jetzt habe ich wieder Zeit
735 für meine Schüler*innen.“

736 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir unter Wahrung
737 der Studienqualität ausbauen, genau wie die berufsbegleitende Ausbildung von
738 Quereinsteiger*innen, die genug Zeit für das Ankommen und Lernen in der Schule lässt und die
739 mit einer 6-wöchigen Hospitation beginnt. Auch Absolvent*innen pädagogischer Studiengänge
740 wollen wir den Quereinstieg ins Lehramt ermöglichen. Die Wissensgesellschaft von morgen
741 braucht Lehrkräfte, die auf die vielfältigen Anforderungen dieser Zeit vorbereitet sind.
742 Daher müssen im Lehramtsstudium pädagogische Fragestellungen stärker in den Fokus gerückt
743 werden. Themen wie Inklusion, Vielfalt, Digitalisierung, Demokratiebildung und Bildung für
744 nachhaltige Entwicklung sollen wesentliche Bestandteile sein. Außerdem soll den Studierenden
745 genug Zeit eingeräumt werden, auch frühzeitig praktische Lehrerfahrung zu sammeln. Wir
746 brauchen darüber hinaus Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen,
747 damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen
748 können. Wir werden den Einstieg von Quereinsteiger*innen und geflüchteten Lehrkräften
749 erleichtern, indem wir den Schuldienst auch für Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach
750 öffnen. Wir unterstützen den Vorschlag zur Einrichtung eines Berliner Landesinstitutes, in

751 dem die zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Fort- und Weiterbildung zusammengefasst
752 werden. Bestehende Einrichtungen, wie das Zentrum für Sprachbildung und die iMint-Akademie,
753 sollen in das zukünftige Landesinstitut integriert werden. Durch diese Bündelung können eine
754 bedarfsgerechte Steuerung und eine bessere Abstimmung unter Nutzung von Synergien erfolgen.
755 Nur durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals kann eine hohe
756 Unterrichtsqualität gesichert werden. Dazu müssen einerseits die Voraussetzungen geschaffen
757 werden, dass alle Lehrkräfte sich kontinuierlich fort- und weiterbilden können, zum anderen
758 muss diese Möglichkeit aber auch regelmäßig und nachvollziehbar wahrgenommen werden. Wir
759 wollen Pädagog*innen ermutigen, praktische Ideen zur Verbesserung des Schulsystems und der
760 Schulorganisation, Konzepte zur Unterrichtsentwicklung oder neue Unterrichtsmaterialien zu
761 entwickeln und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Dafür wollen wir die nötigen
762 Voraussetzungen und Freiheiten schaffen. Um im Wettbewerb um die Absolvent*innen von
763 Lehramtsstudiengängen besser bestehen zu können, wollen wir die Bezüge im
764 Vorbereitungsdienst deutlich erhöhen. Damit gutes Personal auch langfristig in Berlin
765 bleibt, wollen wir für Absolvent*innen, die sich verpflichten, nach dem Referendariat in
766 Berlin zu bleiben, eine attraktive Zulage während des Referendariats zahlen. Wir brauchen
767 mehr junge Menschen, die Lehrer*innen im MINT-Bereich werden wollen (Mathematik, Informatik,
768 Naturwissenschaften und Technik). Das neue Stipendienprogramm wollen wir weiter ausbauen und
769 durch Programme zur direkten Ansprache ergänzen.

770 Schulen bauen – am besten aus Holz

771 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60
772 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente
773 Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt und deren finanzielles Volumen für den
774 Schulneubau deutlich aufgestockt. Mit über einer Milliarden Euro gibt Berlin so viel für
775 Schulneubau aus wie noch nie. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher und flexibler.
776 Darauf setzen wir. Und für die innerstädtischen, oft schwierigen Grundstücke, auf die die
777 Prototypenentwürfe nicht passen, loben wir frühzeitig Wettbewerbe aus und suchen mit
778 Beteiligung der Betroffenen den besten Entwurf aus. Dabei setzen wir auf den
779 Einfallsreichtum der Architekt*innen, lassen auch einmal Schulen mit mehr als drei
780 Stockwerken oder kreativen Anordnungen zu. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen,
781 die dem gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der
782 Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten
783 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Damit die Schulen wirklich allen offenstehen,
784 müssen sie inklusiv gebaut werden: Barrierefreiheit und Unisex-Toiletten werden zum
785 Standard. Das beinhaltet auch, dass Unisex-Toiletten als zusätzliche Option an allen Schulen
786 Standard werden. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen
787 Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen Schulhöfe oder Turnhallen auch
788 am Wochenende geöffnet sein und einen Ort der Begegnung und Bewegung im Kiez bieten. Dafür
789 soll mit Einrichtungen der Jugendhilfe sowie mit lokalen Nachbarschaftsakteuren kooperiert
790 werden. Es braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur
791 Nutzung der Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und
792 organisatorischer Unterstützung. Es ist gut, dass wir durch die Einführung des kostenlosen
793 Mittagessens an Grundschulen viele Familien entlasten konnten. Doch nun stehen viele Schulen
794 vor dem Problem, dass die Räume dafür fehlen. Um den Anspruch auf ein Mittagessen an allen
795 Schulen gut umsetzen zu können, wollen wir das Mensabauprogramm finanziell deutlich
796 aufstocken und den Schnellbau von Holzmodulmensen vereinfachen. Wir wollen Neubauten ganz
797 den Bedürfnissen der Schüler*innen anpassen. Anstatt Flurschulen große und helle Lernräume,
798 bequeme Aufenthaltsorte, große Mensen und eigene Schulküchen. Neue Schulen müssen inklusiv
799 gebaut werden und bestehende Gebäude barrierefrei umgerüstet werden.

800 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns
801 schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen
802 uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch eine aktive Zivilgesellschaft und durch BVV-
803 Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und
804 Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere, angenehme und anregende Lernumgebung und gegen
805 prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu aufgestellt, in
806 einem ersten Schritt durch höhere Qualitäts- und Sozialstandards bei der Ausschreibung. In
807 einem zweiten Schritt sind wir nun dabei in einem Modellbezirk die Rekommunalisierung der
808 Schulreinigung zu erproben und anschließend in allen Bezirken bis 2026 umzusetzen.

809 Schule for future!

810 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit
811 müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir
812 damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und
813 Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun
814 kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir
815 wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen und Gebäude mit hohen Öko-Standards.
816 Die Querschnittsthemen Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit, fairer Handel und Fragen der
817 Umwelt-, Ernährungs- und Naturbildung sind zwar bereits in den Lehrplänen verankert, werden
818 aber dennoch häufig im Unterricht nicht ausreichend thematisiert. Das wollen wir ändern.
819 Kinder und Jugendliche werden von der Klimakrise am längsten betroffen sein und verdienen,
820 umfangreich darüber informiert zu werden. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und
821 Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den
822 Schulen anschaulich zu verankern. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten
823 etablieren.

824 Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz

825 Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine
826 wichtige Ressource, die es zu fördern gilt. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das
827 wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht unter staatlicher Aufsicht in möglichst
828 vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen.
829 Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten
830 Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als
831 notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal „nichtdeutsche
832 Herkunftssprache“ wird nicht mehr für Einzelschulen veröffentlicht. Damit Schüler*innen
833 Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir
834 den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte, Lehrkräfte of
835 Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren Familiensprache eine andere
836 als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der Lehrerbildung müssen Deutsch als Zweitsprache
837 sowie weitere Sprachen, zum Beispiel Türkisch, als Studienfächer etabliert werden. Wir
838 setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um und sind von der Prämisse der
839 Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz so keinen Bestand haben. Den
840 Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und die
841 Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir
842 verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die
843 Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz
844 aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für
845 den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische
846 Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für
847 pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen
848 Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen.

849 Außerdem müssen diese Inhalte im Studium und in der Lehramtsausbildung stärker verankert
850 werden. Wir wollen Unterricht etablieren und Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, in denen
851 unterschiedliche Familienformen und Lebenskonzepte gleichermaßen abgebildet und gewürdigt
852 werden und in denen über alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
853 Ableismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten
854 aufgeklärt wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit
855 Kolonialismus und rassistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen verpflichtend
856 verankert werden. Sexuelle Bildung muss über biologische Aufklärung hinausgehen und gezielt
857 auch weibliche Sexualität behandeln. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter
858 zu Themen der Einvernehmlichkeit und Emanzipation müssen enttabuisiert und umfassend in den
859 Unterricht integriert werden. Dafür werden wir die Fachstellen für queere Bildung und für
860 intersektionale Bildung weiter stärken. Wir wollen geschlechtersensible Pädagogik und
861 Didaktik fördern, damit Kinder sich frei von Rollenstereotypen entfalten können. Historische
862 Leistungen von Frauen in Naturwissenschaften und Technik, Politik und Gesellschaft finden im
863 Unterricht bisher zu wenig Beachtung. Das hat Auswirkungen auf die Berufswahl und das
864 spätere Einkommen: Zu wenig Mädchen entscheiden sich für MINT-Berufe und zu wenig Jungen für
865 soziale Berufe. Deshalb wollen wir bei der Jugendberufsagentur Berlin geschlechtersensible
866 Berufsberatungsangebote fördern.

867 Willkommensklassen

868 Auch geflüchteten Kindern wollen wir die besten Chancen bieten und setzen uns dafür ein,
869 Willkommensklassen gut auszustatten und hier eine sozial- und traumapädagogische Begleitung
870 zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, geflüchtete Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich
871 gemeinsam mit allen anderen Kindern in Berlins Regelklassen zu unterrichten. Dafür ist es
872 wichtig, den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erfassen und ihnen
873 passgenaue sprachliche Förderung zukommen zu lassen. Wir sind überzeugt davon, dass es ein
874 ordentliches Schulfach Deutsch als Zweitsprache braucht – für Geflüchtete, Zugezogene und
875 alle mit Bedarf. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr Sprachmittler*innen, die auch bei
876 Elternabenden, Post aus der Schule oder Elterngesprächen unterstützen können.

877 Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen

878 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc,
879 Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit
880 das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir an allen Berliner
881 Grundschulen für bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge sorgen und insbesondere
882 dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur
883 Weiterentwicklung der Schule und zusätzliche Verwaltungsstellen, in die Hand nehmen und
884 Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

885 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen
886 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und
887 bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle
888 Kinder gleichermaßen verankern. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere
889 Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft
890 oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen. Grundschulen wollen wir so
891 unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmöglich fördern können.
892 Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt, weiß, dass es eine große
893 Konkurrenz um begehrte Schulplätze gibt. Beherzter Schulneubau und eine Personalplanung mit
894 Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Rankings rücken manche Schulen zu Unrecht in ein
895 schlechtes Licht. Deshalb wollen wir so wenige Daten – insbesondere leistungsbezogene – wie
896 möglich veröffentlichen und veröffentlichte Daten so aufbereiten, dass Rankings vermieden

897 werden. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten an den bislang grundständigen
898 Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der siebten Klasse. Um den Prozess
899 der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu stärken, wollen wir mindestens
900 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachtfrage im Losverfahren vergeben und prüfen, wie
901 durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren die Heterogenität an weiterführenden
902 Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden kann. Damit stärken wir die
903 freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem Notenschnitt.

904 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die
905 besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Mit Schultypisierung haben wir uns
906 auf den Weg gemacht, Schulen durch eine soziale Zuweisung von Ressourcen an Schulen
907 zielgenauer zu unterstützen. Wir werden die Schultypisierung weiterentwickeln und künftig
908 von einer Veröffentlichung für Einzelschulen absehen. Den Anteil der Schüler*innen, die
909 Mindestkompetenzen in deutscher Sprache und in Mathematik nicht erreichen, wollen wir
910 deutlich reduzieren. Deshalb werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in
911 schwieriger Lage entwickeln. Gute Bildung geht über Wissensvermittlung hinaus, unser
912 Verständnis von Schulqualität ist viel breiter: Schule soll nicht nur Wissen vermitteln,
913 sondern soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung
914 zwischen Lernen, Erfahren, Erforschen und Erproben gewährleisten. Um die Leistungsfähigkeit
915 der Berliner Schulen zu stärken, die Qualität der Abschlüsse zu steigern und die Zahl der
916 Schulabgänger*innen deutlich zu senken, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie zur
917 Qualitätssicherung entwickelt werden. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in
918 allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selbst sichert sie nicht, die zentrale
919 Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen und Schulleitungen zu. Diese Förderung soll
920 Schulen eine nachhaltige Schulentwicklung ermöglichen, um ihr Profil und ihre Angebote an
921 den Bedarfen der Schüler*innen auszurichten. Erfolgreiche Schulkonzepte, die dies geschafft
922 haben, müssen in eine langfristige Finanzierung überführt und abgesichert werden. Wir wollen
923 prüfen, inwiefern – ähnlich wie im Hamburger Modell – eine Zuweisung von Ressourcen an
924 Schulen auf Basis mehrerer Indikatoren eine zielgenauere Unterstützung sicherstellt. Dazu
925 gehört auch guter Ganzttag, der mehr ist als Betreuung. Qualitätsentwicklung im Ganzttag und
926 die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche
927 Qualitätsstandards für den Ganzttag an allen Berliner Schulen entwickelt werden. So können
928 gezielt soziale und kulturelle Benachteiligungen überwunden werden. Dafür wollen wir den
929 Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern, die Segregation zwischen
930 Schulen verringern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer echten
931 Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus
932 verstärken Hausaufgaben Chancenungleichheiten in besonderem Maße. Wir wollen deshalb darauf
933 hinwirken, dass Lehrpläne und Unterricht so aufgebaut sind, dass Hausaufgaben wirklich nur
934 noch zur Festigung erworbenen Wissens und zum Einüben gewisser Kompetenzen genutzt werden
935 und von Schüler*innen sicher ohne elterliche oder andere Hilfe erledigt werden können. Es
936 soll in allen Schulen die Möglichkeit geben, diese Hausaufgaben im Rahmen von
937 Ganztagsangeboten zu erledigen.

938 Für viele Kinder aus finanziell schwachen Familien sind gute Ganztagsangebote auch deshalb
939 wichtig, weil sie hier die einzige warme Mahlzeit des Tages bekommen. Es ist deshalb gut,
940 dass wir in der letzten Wahlperiode das kostenlose Schulessen an Grundschulen eingeführt
941 haben. Damit das Schulessen für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar ist, wollen wir es
942 auch in den oberen Klassen stärker subventionieren und für ausreichend Angebote sorgen.

943 Der hohen Fluktuation von Schulsozialarbeiter*innen und der Häufung von Quereinsteiger*innen
944 an bestimmten Schulen wollen wir entgegenwirken und mit besseren Rahmenbedingungen die
945 (Weiter-)Arbeit an diesen Schulen attraktiver gestalten.

946 Durch Kooperationen mit Kultur, Handwerk, Sportvereinen und anderen Initiativen sowie die
947 Öffnung ihrer Räume für andere Nutzungen sollen Schulen sich in den Kiez öffnen. So werden
948 sie zum Ankerpunkt vor Ort – auch für Eltern, damit Lehrer*innen und anderes pädagogisches
949 Personal in engem Austausch mit ihnen stehen und ihre Perspektive einbinden sowie ihnen auf
950 der anderen Seite beratend zur Seite stehen. Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens
951 vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die
952 Gemeinschaftsschule als eine der vier Regelschulen definiert wurde. Gemeinschaftsschulen
953 sind Schulen oder Schulverbünde, an denen alle aufgenommenen Kinder von der ersten bis
954 mindestens zur zehnten Klasse gemeinsam lernen und individuell gefördert werden.
955 Gemeinschaftsschulen bieten entweder eine eigene Oberstufe oder eine Oberstufe im Verbund
956 an. Die Umwandlungen und Neugründungen von qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen
957 wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel mit Koordinations- und Unterstützungsstellen
958 in der Senatsverwaltung, Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsangeboten, verbesserter
959 Ausstattung und finanziellen Mitteln für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer
960 Oberstufe. Es ist unser erklärtes Ziel, dass in der kommenden Legislaturperiode in allen
961 Berliner Bezirken weitere Gemeinschaftsschulen mit klaren Qualitätskriterien entstehen. Dies
962 können entweder neu gegründete Schulen sein oder fusionierte Grund- und Oberschulen. Dafür
963 wollen wir mit allen Bezirken Wege finden, wie dies umgesetzt werden kann.

964 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle
965 Kinder. Es liegt in der Logik eines Gymnasiums, sich exklusiv an bestimmte Schüler*innen zu
966 richten und andere auszuschließen. Dieser Tatsache wollen wir begegnen und Gymnasien
967 inklusiver machen, um auch dort alle Kinder und Jugendlichen gut zu fördern. Wir wissen um
968 die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides
969 durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so
970 dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal auf
971 einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen Gymnasien künftig nicht
972 nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen an ihrer Schule so
973 unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen
974 nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen
975 anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien
976 stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen. Alle Berliner
977 Gymnasien ermöglichen verpflichtend den Jugendlichen ab Klasse 9 einen betriebspraktischen
978 Einblick in mögliche Berufs- und Bildungswege; zudem werden die Schulen für vertiefte
979 berufsorientierende Angebote entsprechend finanziell ausreichend ausgestattet.

980 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
981 Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher
982 Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative
983 und innovative Lernformen aus. Wir wollen erfolgreiche Konzepte von nichtöffentlichen und
984 öffentlichen Schulen sammeln und stärker verbreiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien
985 mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen
986 befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig
987 stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Die Genehmigung
988 nichtöffentlicher Schulen ist durch das Grundgesetz klar geregelt. Wir werden darauf achten,
989 dass die grundgesetzlichen Regelungen zum Sonderungsverbot stärker befolgt werden, damit die
990 Heterogenität unter den Schüler*innen künftig verbessert wird. Dazu wollen wir mit Schulen
991 in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten und sie auffordern, ein Konzept für mehr
992 soziale Diversität zu erarbeiten.

993 Gute berufliche Bildung braucht neue Rahmenbedingungen

994 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so
995 durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Als Meilenstein dafür wollen wir die
996 Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in allen Klassenstufen auflösen, so
997 dass in allen Klassenstufen theoretisches und praktisches Lernen eng verzahnt werden sollen.
998 In der nächsten Wahlperiode wollen wir in diesem Sinne einen Schulversuch starten. Der
999 Kernbereich der beruflichen Bildung ist die duale Ausbildung. Ihre Bedeutung soll auch an
1000 den Oberstufenzentren wieder gestärkt werden.

1001 Einem Mangel an dualen Ausbildungsplätzen wirken wir entgegen. Berlin profitiert weiterhin
1002 von der geförderten Verbundausbildung, bei der mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam
1003 durchführen. Für Betriebe, die einen angemessenen Ausbildungsrahmen nicht finanzieren
1004 können, sind Verbundausbildungen gute Angebote. Hierdurch werden weitere Ausbildungsplätze
1005 geschaffen. Der Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen.

1006 Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine gut funktionierende Lernortkooperation
1007 zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben. Angesichts der besonderen Chance, die das
1008 netzgestützte Lernen für die berufliche Bildung bietet, sollen die Möglichkeiten eines
1009 virtuellen Lernortverbundes erprobt werden. Ausbildungen sollen auch für Menschen mit Abitur
1010 attraktiver werden. Wir streben eine engere Verzahnung hochwertiger dualer Berufe mit der
1011 Hochschulbildung an. Dazu sollen mehr Leistungen aus der dualen Ausbildung für ein Studium
1012 anerkannt werden. Die Digitalisierung in der Berufsausbildung bietet eine große Chance, die
1013 Kooperation zwischen den Lernorten neu zu denken, Durchlässigkeit zu schaffen und die
1014 berufliche Bildung gegenüber der akademischen Bildung aufzuwerten. Dabei geht es auch –
1015 sowohl in der Allgemeinbildung als auch in der Berufsbildung – um ein neues Lernmanagement,
1016 eine neue Didaktik, wenn Digitales greifen soll. Digitale berufsbezogene Kompetenzen müssen
1017 an allen Lernorten übergreifend gefördert werden.

1018 Um den zahlreichen Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung der Ausbildungsberufe
1019 gerecht werden zu können, werden branchenspezifische Runde Tische eingerichtet, an denen
1020 mindestens die beruflichen Schulen, Innungen und Kammern sowie die Verwaltung sowie ggf.
1021 Politik und Wissenschaft vertreten sind. Sie sollen zu krisenvorbeugenden Qualitätszyklen
1022 gerade auch im Kontext der zahlreichen Neuordnungsverfahren beitragen.

1023 Um Hürden für Menschen mit wenigen Deutschkenntnissen abzubauen, sollen Lehrkräfte
1024 ausgebildet werden, die in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren den Unterricht in
1025 verschiedenen Sprachen anbieten. Wir fordern ein Angebot für Auszubildende, bei Bedarf
1026 während ihrer Arbeitszeit Sprachunterricht zu nehmen.

1027 Berlin muss sich wieder aktiv an Bundesinitiativen, den KMK-Gremien und an den Ländertreffen
1028 der Landesinstitute der beruflichen Bildung beteiligen. Für die vorhandenen Gelder der EU-
1029 Programme in Sachen beruflicher Bildung wollen wir eigene Berliner Programme aufstellen und
1030 in einem Programm für die Berliner Oberstufenzentren (OSZ) bündeln.

1031 Wir werden in die Qualität des berufskundlichen Unterrichts investieren. Dazu soll im Rahmen
1032 der gebotenen grundlegenden Neuaufstellung des Fortbildungssystems in Berlin für den Bereich
1033 der Berufsbildung eine eigene Serviceeinheit aufgebaut werden. Die Rechtsform soll so
1034 gewählt sein, dass Projektmittel der EU oder sonstige Fördermittel eingeworben und verwendet
1035 werden können. Eine Verzahnung mit der Wissenschaft ist sicherzustellen.

1036 Wir wollen die Kooperation mit der Arbeits- und mit der Wirtschaftsverwaltung stärken und
1037 deren Förderinstrumente für duale Berufe nutzen. Darüber hinaus wollen wir die vorhandene
1038 Förderung neu justieren, Schattenhaushalte analysieren und Programme modern ausrichten und
1039 aufstellen, Warteschleifen abbauen und gezielt in Berufsausbildung überführen. Wir streben
1040 einen neuen Ausbildungspakt für Berlin und die Region an.

1041 Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung noch stärker zu
1042 verwirklichen und durchlässige, individuelle Bildungswege zu eröffnen, wollen wir die
1043 Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungswege auch in behördlichen Ausschreibungen stärker
1044 berücksichtigen.

1045 Kein*e Jugendliche*r soll mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen
1046 uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ein, die noch keine
1047 Anschlussperspektive haben. Dieses Schuljahr wird in den Oberstufenzentren mit dem
1048 ausdrücklichen Ziel angeboten, dort einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen, der in
1049 vorhandene Bildungsgänge überführt. Wer eine Ausbildung abbricht, soll einen Anspruch auf
1050 die Begleitung und Unterstützung des Weges durch die Jugendberufsagentur haben, bis eine
1051 neue Perspektive gefunden wurde, die den Wünschen und Fähigkeiten von Jugendlichen
1052 entspricht. Vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem
1053 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen
1054 eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht
1055 eigenständig erschlossen haben. Die Arbeit von Auszubildenden in den Betrieben und
1056 Organisationen ist ein unabdingbarer Garant für die Qualität der dualen Berufsbildung. Ihr
1057 oft ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit den Jugendlichen muss mehr gewürdigt und
1058 wertgeschätzt werden. Es wird zu oft als selbstverständlich hingenommen. Auszubildende sind
1059 Mentor*innen der Jugendlichen und oft Helfer*innen in schwierigen Lebensphasen der
1060 Auszubildenden. Auszubildende in der Berufsbildung müssen faire und gute
1061 Ausbildungsbedingungen in den Unternehmen vorfinden. Sie dürfen nicht als billige
1062 Arbeitskräfte ausgebeutet werden; sondern sie sollen als künftige Fachkräfte einen adäquaten
1063 Platz in der Gesellschaft finden. Sie brauchen also die Ermutigung, dass ihr Beruf, den sie
1064 gewählt haben, auf eine gesellschaftliche Anerkennung trifft.

1065 Den Kulturwandel zu nachhaltiger digitaler Bildung fördern!

1066 Wir erleben, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf stellt. Dabei wurde vor allem deutlich,
1067 wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen – von zuhause aus
1068 wie im Präsenzunterricht – müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach der Pandemie
1069 kein „back to normal“, sondern wollen die Krise als Anlass nutzen, den digitalen
1070 Kulturwandel auch an Berliner Schulen so umzusetzen, dass er auch einen pädagogischen Nutzen
1071 bringt. Wir wollen, dass unsere Kinder gesund in der digitalen Welt aufwachsen und diese
1072 aktiv mitgestalten können. Deshalb werden wir Schulen dabei unterstützen, einfach zu
1073 nutzende, datenschutzfreundliche und pädagogisch sinnvolle Programme, Apps und Lernsoftware
1074 mit dem Unterricht zu verzahnen. Digitale Medien sind nie Selbstzweck, sondern müssen immer
1075 auf ihre pädagogische Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Gleichzeitig ist klar: Digitale
1076 Herausforderungen werden sich für Schüler*innen durch ihr ganzes Leben ziehen. Daher ist
1077 wichtig, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig verstehen, wie Rechner, Netze, Speicher,
1078 Algorithmen und Künstliche Intelligenz funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche
1079 Chancen, aber auch Gefahren sowie Möglichkeiten zur Manipulation und Verfolgung durch das
1080 Internet entstehen und welche Rechte und Pflichten sie als Internetnutzer*innen haben. Es
1081 ist zentral, in der Schule neben konkret anwendungsbezogenen Fähigkeiten (wie nutze ich
1082 das?), auch technologische Kenntnisse (wie funktioniert das?) sowie die gesellschaftlichen
1083 Auswirkungen von Technik (wie wirkt das?) zu vermitteln. Auch die Fähigkeit, zwischen
1084 geprüften Informationen und Fake News im Netz zu unterscheiden, ist ein essentieller
1085 Bestandteil von Digital Literacy und Medienkompetenz. Auch soziale Regeln sind Teil des
1086 digitalen Raumes, deshalb wollen wir unsere Kinder dabei unterstützen, die sozialen
1087 Kompetenzen im Netz umzusetzen. Die Themen Cyber-Mobbing und digitaler Hass sowie digitale
1088 Gewalt müssen in diesem Kontext thematisiert werden. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche
1089 brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und sozialer Einbettung, um sicher, gesund
1090 und selbstständig digital zu lernen. Dafür wollen wir den Informatikunterricht stärken,

1091 gleichzeitig diese Fragen aber in allen Fächern mitdenken. Außerdem wollen wir ein
1092 umfassendes und gezieltes Programm zur technischen, rechtlichen, methodischen und (fach-
1093)didaktischen Fortbildung der Lehrkräfte entwickeln, das sie jeweils auf den neuesten Stand
1094 einer sich rasch verändernden digitalen Welt bringt. Für alle OSZen haben wir im Haushalt
1095 eine*n IT-Administrator*in verankert, dies wollen wir zukünftig für alle Schulen. Jede
1096 Schule soll schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und ein
1097 leistungsstarkes, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-
1098 Lernmanagementsystem erhalten, das sowohl von Pädagog*innen als auch von Schüler*innen
1099 kritisch begleitet wird. Jedoch soll die Vielfalt der in Berlin genutzten Lernplattformen
1100 durchaus bestehen bleiben. Die Ausstattung aller Lehrer*innen mit Laptops oder anderen
1101 Endgeräten führen wir fort. Wir wollen auch weiterhin Schüler*innen den pädagogischen
1102 Ansprüchen entsprechend Endgeräte zur Verfügung stellen, damit ein gerechter Zugang für alle
1103 ermöglicht wird. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gelder aus dem
1104 Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner Schulen fließen.
1105 Ein Medienportal, das wir am besten gemeinsam mit anderen Bundesländern betreiben, soll den
1106 kostenlosen und rechtlich einwandfreien Zugang zu qualitätsgeprüften, kommentierten und
1107 curricular eingeordneten elektronischen Bildungsmedien eröffnen und den Austausch der
1108 Lehrkräfte darüber ermöglichen. Häufig scheidet die Digitalisierung der Schule nicht an
1109 Geld, sondern am Personal. Die IT-Expert*innen, die sich um die digitale Ausstattung der
1110 Schulen kümmern, wollen wir darum stärken, ihren Stundenumfang ausweiten und Schulen ein
1111 festes Schulentwicklungsbudget einräumen. Damit haben sie die Möglichkeit, sich gemeinsam
1112 mit allen Beteiligten mit digitalen Technologien auseinanderzusetzen und einen sinnvollen
1113 pädagogischen Umgang damit zu finden. Die Senatsbildungsverwaltung muss die Digitalwende
1114 strategisch steuern, aber dabei auf die Bedarfe der Schulen eingehen, den Best-Practice-
1115 Austausch stärken sowie besser mit der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte verzahnen.
1116 Datenschutz, digitale Teilhabe und Inklusion sowie Open-Source-Anwendungen und Offene
1117 Bildungsmaterialien (OER) sind uns dabei sehr wichtig. Und es braucht mehr kritische
1118 Forschung: Wie verändert sich Bildung und Schule durch digitale Medien? Was ist gutes,
1119 gemeinsames digitales Lernen und Unterrichten? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Wie
1120 können pädagogischen Konzepte gelingen – analog und digital? Nur mit dieser Grundlage kann
1121 digitale Bildung der Zukunft gelingen.

1122 3.6 Forschen und Studieren für die Zukunft – beste Bedingungen für unabhängige Wissenschaft
1123 in Berlin

1124 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie geben Antworten auf zentrale
1125 Herausforderungen unserer Stadt und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür
1126 stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten mit
1127 Charité, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und
1128 freien Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den
1129 Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft
1130 wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des
1131 lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen, die die
1132 Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Stadtgesellschaft fördern, und Projekte wie ein
1133 zivilgesellschaftliches Forum aufbauen.

1134 Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren

1135 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und
1136 bedarfsgerecht unter Beteiligung der Hochschulgremien umgestalten. Der Sockelbetrag soll
1137 deutlich steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer
1138 berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner Hochschullandschaft
1139 widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir Kooperationen stärken. Besonders

1140 werden wir darauf achten, den Weg zu besseren Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die
1141 Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen, insbesondere der Promovierenden, von den
1142 Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir unter anderem Begutachtung und
1143 arbeitsrechtliche Weisungsbefugnis während der Qualifizierungsphase entkoppeln. Anstelle der
1144 massiven Befristungspraxis wollen wir deutlich mehr Dauerstellen neben der Professur
1145 schaffen und den Teamcharakter moderner Wissenschaft stärken. Dabei wollen wir auch
1146 Tarifflicht verhindern und gute Bezahlung von freien Lehrbeauftragten sicherstellen.
1147 Entsprechende Ziele vereinbaren wir mit den Hochschulen und schreiben sie über die
1148 Hochschulverträge verbindlich fest. Für gute Leistungen in der Lehre entwickeln wir im
1149 Dialog mit den Hochschulen ein finanzielles Anreizsystem, um der Lehre und der Forschung
1150 gleichermaßen Rechnung zu tragen. Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für
1151 drittmittelfinanzierte Forschung, um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche
1152 wie die Zivilklausel tatsächlich umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch,
1153 Tierversuche (im Sinne von 3R) durch Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

1154 Selbstverwaltung als Grundprinzip

1155 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten
1156 Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und
1157 Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die
1158 Partizipationsmöglichkeiten aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und in
1159 einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dabei soll auch die Erprobungsklausel
1160 wegfallen. Dafür verankern wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium, das über die
1161 Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule beschließt. Neu zu schaffende
1162 Gremienreferate unterstützen die qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder. Fachbereiche
1163 und Fakultäten sollen die Möglichkeit bekommen, neue Modelle und Strukturen der
1164 fachbereichs- oder hochschulübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, für die wir
1165 demokratische Qualitätsstandards aufstellen werden.

1166 Zugang zu Hochschulen öffnen

1167 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins
1168 Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen
1169 für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums
1170 Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste
1171 aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium einführen sowie
1172 ein flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen für
1173 eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für
1174 den eigenen Bildungsweg eröffnet. Deswegen muss das Bafög im Sinne des grünen Zwei-Säulen-
1175 Modells elternunabhängig, schuldenfrei und losgelöst von der Regelstudienzeit
1176 weiterentwickelt werden. Studiengebühren und Studienkonten lehnen wir in jeder Form ab.
1177 Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung der Geschlechter bauen wir weiter aus. Diese
1178 Strukturen müssen auf andere Diskriminierungsformen erweitert werden. Wir wollen mehrere
1179 Stellen schaffen, um verschiedene Diskriminierungsformen abzubauen. Mit neu zu schaffenden
1180 unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten und Diversity-Beauftragten und der stärkeren
1181 Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden
1182 personellen und materiellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und
1183 fit für die diverse Gesellschaft.

1184 Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen

1185 Die starke und vielfältige Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft bietet
1186 Wissenschaftler*innen und Studierenden einzigartige Möglichkeiten. Neue Kooperationsformen
1187 wollen wir mit Leben füllen und weiterentwickeln. Die Hauptstadt der Gesundheitsforschung

1188 als zentrale Säule wollen wir weiter fördern und hierbei ein besonderes Augenmerk auf die
1189 Gendermedizin legen. Doch richtig zum Tragen kommt Berlins Potential erst, wenn wir die
1190 Hochschulen auch in der Lehre vermehrt zusammendenken und so Studierenden neue Möglichkeiten
1191 eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei
1192 wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Das Promotionsrecht für
1193 Hochschulen für angewandte Wissenschaften soll verliehen werden, wenn diese ein
1194 entsprechendes Forschungsumfeld aufweisen, insbesondere durch vereinfachte Anrechnung von
1195 fachlichen und überfachlichen Leistungen aus anderen Studiengängen oder Hochschulen. Die
1196 Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen für angewandte Wissenschaften und Universitäten
1197 wollen wir ausbauen, egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft. Die
1198 damit einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,
1199 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

1200 Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen

1201 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie
1202 zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir
1203 wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei
1204 energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Darüber hinaus
1205 werden wir in allen Hochschulen die Schaffung verbindlicher Nachhaltigkeitsstrategien durch
1206 die akademischen Gremien verankern. Die Innovationen der Berliner Nachhaltigkeitsforschung
1207 wollen wir mit den kreativen Potentialen der Stadtgesellschaft zusammenbringen. Dafür
1208 stärken wir den Forschungsverbund „Wissen.Wandel.Berlin“, initiieren ein
1209 zivilgesellschaftliches Forum und entwickeln ein Berliner Förderprogramm für sozial-
1210 ökologische Forschung. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten transparent anderen
1211 Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen sich daher im
1212 Rahmen unserer „Open-Science-Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv
1213 auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesseitig durch die erforderliche
1214 Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem
1215 eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen Bibliotheken
1216 beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von
1217 Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die
1218 Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und
1219 Verbraucherschutz, Gesundheit, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und
1220 Ressourcenverbrauch verbinden. Wo beispielsweise gegen Gender-, Queer- oder
1221 Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein.
1222 Zudem wollen wir Wissenschaftsbereiche wie die Plurale Ökonomik stärken, um Forschung und
1223 Lehre auf der Basis von vielfältigen Theorien zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen oder
1224 Forschungseinrichtungen unterstützen, die Initiativen für eine pluralere Ökonomik in Berlin
1225 ergreifen.

1226 Der Campus als Vorreiter für den Klimaschutz

1227 Die Wissenschaft spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Klimakrise. Wir sind auf ihre
1228 Erkenntnisse angewiesen, um die globale Erderhitzung noch zu bremsen. Und vielerorts machen
1229 Hochschulen – oft angetrieben von Graswurzelbewegungen – ganz konkret vor, wie Klimaschutz
1230 und Nachhaltigkeit praktisch umgesetzt werden können: von grüner Stromerzeugung auf dem Dach
1231 über nachhaltiges Bauen bis zur Versorgung mit regionalem Bioessen in den Mensen. Auf dem
1232 Campus wird gelehrt und gelernt, geforscht und entwickelt, gelebt und gearbeitet. Damit ist
1233 er das ideale Reallabor für praktischen Klimaschutz. Wir wollen Initiativen für den
1234 klimaneutralen Campus stärken und Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf dem Weg zur
1235 Klimaneutralität stärker als bisher unterstützen.

1236 3.7 Digitale Transformation aktiv gestalten

1237 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die
1238 Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen
1239 Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen
1240 schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse
1241 zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben. Wir wollen die digitale
1242 Transformation klimafreundlich nach Maßgaben von Nachhaltigkeit, Teilhabe und
1243 wirtschaftlicher Entwicklung mitgestalten. Unser Ziel ist ein lebenswertes Berlin, das auch
1244 im digitalen Zeitalter Zugänge und Chancen für alle Berlinerinnen und Berliner sicherstellt.

1245 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark,
1246 sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in
1247 Deutschland gibt es so viele Start-ups, die Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen
1248 wie Klimaschutz und Energiewende entwickeln.

1249 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine
1250 Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die
1251 digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir
1252 erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung
1253 in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und
1254 wirtschaftliche Dynamik. Daten und KI-Anwendungen werden häufig von Männern erhoben und
1255 entwickelt, was Diskriminierungseffekte zur Folge haben kann. Wir wollen, dass
1256 Geschlechtergerechtigkeit bei der digitalen Transformation berücksichtigt wird. Dazu gehört,
1257 Aus- und Weiterbildungsangebote für digitale Kompetenzen für Frauen zu fördern und Frauen in
1258 der Digitalbranche sichtbarer machen.

1259 Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern

1260 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und
1261 der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über
1262 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte –
1263 eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und
1264 Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen
1265 Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen
1266 und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „Privacy
1267 by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete*r IT-
1268 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
1269 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
1270 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
1271 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
1272 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

1273 Als europäische Start-up-Metropole wollen wir die vorhandene digitale Kompetenz und
1274 Innovationskraft nutzen und den Wissenstransfer zwischen Stadt und Start-ups fördern. Um
1275 Berührungspunkte abzubauen sowie kulturelle und organisatorische Hindernisse zu überwinden,
1276 wollen wir den Einsatz von Technologie-Scouts als Schnittstelle zwischen Start-ups und
1277 Verwaltung prüfen. Sie sollen zielgerichtet bei der Entwicklung von Pilotprojekten und
1278 Vergabeprozessen unterstützen. Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in
1279 denen Verwaltung und Berlins landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab
1280 bringen Landesunternehmen Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste
1281 Smart-City-Projekte um. Essentiell ist es auch, im Bereich Open-Source-Coding und IT-
1282 Beratung eigene zentrale Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu
1283 bekommen, und nicht von teuren Berater*innen abhängig zu sein.

1284 Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt

1285 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin
1286 flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-
1287 Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen,
1288 für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden
1289 Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen
1290 vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in
1291 Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut
1292 wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-
1293 Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der
1294 Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

1295 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf
1296 Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

1297 Open Data

1298 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für
1299 eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und
1300 gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den
1301 verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

1302 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch
1303 mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind wichtig als Forschungsgrundlage und als
1304 Antrieb der Wirtschaft und Wissenschaft im digitalen Zeitalter. Open Data ist aber nicht nur
1305 wirtschaftlicher Standortfaktor, sondern ein wichtiger Teil der Informationsfreiheit. In
1306 einer Gesellschaft, deren Zusammenleben von digitalen Infrastrukturen geprägt ist, stellen
1307 Daten eine zentrale Komponente dar. Wir wollen offene Daten als Prinzip verankern, um die
1308 Gesellschaft auch auf diesem Weg einer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Gestaltung
1309 zugänglich zu machen. Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste
1310 für Bürger*innen zu entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen
1311 Verwaltungen Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und
1312 Open Data fortgebildet werden, und so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen
1313 Teilen der Verwaltung ausbauen. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr einheitliche
1314 Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und kreativen
1315 Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner Transparenzgesetz.
1316 Dort, wo es sich nicht um personenbezogene Daten handelt bzw. wo diese entsprechend
1317 anonymisiert und aggregiert werden können, fordern wir Daten „Open by Default“. Außerdem
1318 müssen wirtschaftliche Anreizmechanismen zur Datenteilung geschaffen werden. Ziel ist, alle
1319 nicht-personenbezogenen bzw. anonymisierbaren Daten, die in der Berliner Verwaltung
1320 vorhanden sind oder von der Zivilgesellschaft freiwillig geteilt werden, im Berliner Open-
1321 Data-Portal maschinenlesbar zur Verfügung zu stellen.

1322 Public Money, Public Code: Zugang und Transparenz stärken

1323 Alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten an Berliner
1324 Forschungseinrichtungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Getreu dem
1325 Motto „Public Money for Public Code“ arbeiten wir darauf hin, dass alle vom Land Berlin in
1326 Auftrag gegebenen Softwareprojekte als Open Source für andere Organisationen und alle
1327 Bürger*innen einsehbar sind. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen Einrichtungen
1328 in Berlin Open-Source-Software nutzen.

1329 Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance

1330 Datenschutz bedingt Datensicherheit, die wiederum hohe IT-Sicherheits-Standards voraussetzt.
1331 Deshalb wollen wir diese Themen ganzheitlich und konzeptionell angehen und setzen konsequent
1332 auf die Kombination aus Untersuchungen, Sensibilisierung, Wissensvermittlung, aktiver
1333 Beratung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dies richtet sich gleichermaßen an die Berliner
1334 Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen. Konkret heißt das unter anderem:

1335 Wir wollen bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine
1336 Servicestelle „Datenschutzberatung“ schaffen, die einerseits die Verwaltung, aber auch
1337 Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen als Ansprechpartner*in beim Thema
1338 Rechte und Pflichten der Datenschutzbestimmungen beratend zur Seite steht. Für uns ist beim
1339 Datenschutz der Grundsatz der Datenminimierung essentiell. Zudem wollen wir in der Berliner
1340 Verwaltung die Grundsätze „Privacy by Design and Default“ stärker umsetzen, damit schon
1341 durch die Datenverarbeitungstechnologie ein effektiver Datenschutz sichergestellt wird.

1342 Wir wollen die Erkenntnisse aus 100 Datenschutzfolgenabschätzungen (DSFA) aus allen
1343 Senatsverwaltungen im Rahmen eines Pilotprojekts öffentlich zugänglich machen. Dadurch
1344 schaffen wir Transparenz und sorgen für Vertrauen, auch darin, dass die Sicherheit der
1345 Systeme dadurch nicht beeinträchtigt wird. Damit legen wir den Grundstein, um später alle
1346 DSFA öffentlich zugänglich zu machen und mit Expert*innen und (potentiell) Betroffenen aus
1347 der gesamten Gesellschaft den Datenschutz in der Verwaltung zu optimieren und neue Ideen für
1348 einen besseren Datenschutz zu entwickeln.

1349 Wir wollen eine zentrale IT-Sicherheitsstrategie für das Land Berlin erarbeiten, welche die
1350 Gefahren für Bürger*innen, Verwaltung, Wirtschaft und Infrastruktur durch steigende
1351 Cyberkriminalität gleichermaßen berücksichtigt. Dazu gehören auch der Aufbau eines neuen IT-
1352 Kompetenzzentrums als Informations-, Kooperations- und Koordinationsplattform und die
1353 Weiterentwicklung des/der Landesbeauftragten für Informationssicherheit bei der IKT-
1354 Steuerung und des Computer Emergency Response Teams (CERT) beim ITDZ Berlin zu einer
1355 unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit. Wir wollen die Förderung diskriminierungsfreier
1356 algorithmischer Entscheidungssysteme (ADM) und KI-Technologien in der Berliner
1357 Digitalstrategie verankern. Ein Gremium aus Expert*innen soll Qualitätsstandards definieren,
1358 die ADM und KI auf ihre Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar machen, Forschungsvorhaben
1359 und Start-ups, die entsprechende Schwerpunkte haben, sollen besonders gefördert werden
1360 können. So machen wir Berlin zum Hotspot für demokratisch vorbildliche KI.

1361 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1362 1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität

1363 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im
1364 Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es
1365 eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche
1366 Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten
1367 Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür und wollen den
1368 Ausbau von Elektroanlegern für Binnen- und Fahrgastschiffe voranbringen.

1369 2. Klimafreundliche Landesunternehmen

1370 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
1371 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir
1372 wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der
1373 Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay
1374 in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und
1375 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir
1376 Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten

1377 Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen
1378 Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für
1379 Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der Solarenergie und Holzbau beim Neubau unserer
1380 landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

1381 3. „Berliner Perspektivenprogramm für Langzeitarbeitslose“

1382 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner
1383 Perspektiven Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die
1384 Möglichkeiten aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem Europäischen
1385 Sozialfonds und die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000
1386 Stellen gefördert werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken
1387 das Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
1388 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
1389 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

1390 4. Digitalisierung in Schulen vorantreiben

1391 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist
1392 überfällig. Dafür brauchen sie nicht nur die nötige technische Ausstattung, zu der
1393 Glasfaseranschluss, funktionierendes WLAN, Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie
1394 eine funktionierende Lernplattform gehören, sondern auch nachhaltige und pädagogisch
1395 sinnvolle Konzepte für die Digitalisierung, abgestimmt auf die Bedarfe vor Ort. Damit es
1396 schnell geht, soll das Land Berlin mithilfe eines landeseigenen Unternehmens den Netzausbau
1397 selbst vorantreiben. Die Stabsstelle in der Bildungsverwaltung muss die organisatorische und
1398 strategische Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen und
1399 Lehren soll in den Unterricht systematisch integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur
1400 den selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges und zeitgemäßes Lernen
1401 einüben, sondern insgesamt fit gemacht werden für ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in
1402 der digitalisierten Welt. Hierbei ist wichtig, dass alle Kinder ein kritisches Verständnis
1403 für die digitale (Daten-)Welt entwickeln, in der sie sich bewegen. Dafür brauchen wir
1404 pädagogische Konzepte, die Chancen und Risiken der Digitalisierung thematisieren und
1405 Schüler*innen zu digitaler Mündigkeit führen. Dafür bilden wir mehr Informatik-Lehrer*innen
1406 aus und fördern Data Literacy und die kritische Auseinandersetzung aller Lehrer*innen mit
1407 den Mechanismen und Logiken digitaler Bildungsmedien. Der digitale Kulturwandel in den
1408 Schulen, der „analoges“ Lernen nicht überflüssig machen, aber zu veränderten Inhalten und
1409 Arbeitsformen führen wird, trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag des
1410 Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.

1411 5. Wissenschaft für alle – Hochschulen und Studium sozial öffnen!

1412 Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben, wissenschaftliche Bildung muss
1413 in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Startchancen unabhängig vom Elternhaus und vom
1414 sozialen Hintergrund allen offenstehen. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden
1415 Beratungen für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den
1416 Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und Mensaversorgung, verbessern. Wir
1417 werden das Beste aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen einführen
1418 sowie flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen
1419 für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit
1420 für den eigenen Bildungsweg eröffnet.